

Vu l'avis de la Commission paritaire nationale des Sports;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par la loi du 9 août 1980;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il s'impose que les employeurs et les sportifs qu'ils occupent puissent avoir connaissance sans retard du montant minimal, pour l'année 1989, qu'un sportif doit gagner pour être soumis à la loi du 24 février 1978 relative au contrat de travail du sportif rémunéré;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Emploi et du Travail,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1er. Le montant de la rémunération visé à l'article 2, § 1er, de la loi du 24 février 1978 relative au contrat de travail du sportif rémunéré est fixé pour l'année 1989 à douze fois le revenu minimum mensuel moyen applicable au 1er janvier 1989 tel qu'il est prévu par la convention collective de travail n° 43 relative à la garantie d'un revenu minimum mensuel moyen, conclue au Conseil national du travail le 2 mai 1988.

Art. 2. Le présent arrêté produit ses effets le 1er janvier 1989.

Art. 3. Notre Ministre de l'Emploi et du Travail est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 8 mars 1989.

BAUDOUIN

Par le Roi :

Le Ministre de l'Emploi et du Travail,
L. VAN DEN BRANDE

Gelet op het advies van het Nationaal Paritair Comité voor de Sport;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 9 augustus 1980;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de werkgevers en de sportbeoefenaars die zij tewerkstellen onverwijd voor 1989 op de hoogte moeten kunnen zijn van het minimumbedrag dat een sportbeoefenaar moet verdienen om onderworpen te zijn aan de wet van 24 februari 1978 betreffende de arbeidsovereenkomst voor betaalde sportbeoefenaars;

Op de voordracht van Onze Minister van Tewerkstelling en Arbeid,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Het in artikel 2, § 1, van de wet van 24 februari 1978, betreffende de arbeidsovereenkomst voor betaalde sportbeoefenaars bedoelde loonbedrag wordt voor het jaar 1989 bepaald op twaalf maal het gemiddeld minimum maandinkomen van toepassing op 1 januari 1989, zoals vastgesteld bij de in de Nationale Arbeidsraad gesloten collectieve arbeidsovereenkomst nr. 43 van 2 mei 1988 betreffende de waarborg van een gemiddeld minimum maandinkomen.

Art. 2. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 1989.

Art. 3. Onze Minister van Tewerkstelling en Arbeid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 8 maart 1989.

BOUDEWIJN

Van Koningswege :

De Minister van Tewerkstelling en Arbeid,
L. VAN DEN BRANDE

EXÉCUTIFS — EXECUTIEVEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 89 — 547

28. JUNI 1988. — Dekret zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck, die Immobilien für die Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur errichten oder Ankaufen bzw. Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das folgende angenommen und Wir, Exekutive, sanktionieren es :

Artikel 1. Im Rahmen der Haushaltssmittel gewährt die Exekutive den Gemeinden oder Vereinigungen erfüllen, Zuschüsse für den Ankauf, Bau-, Erweiterungs-, Umbau- und Instandsetzungsarbeiten an Immobilien, deren Zweckbestimmung in einen oder mehrere der folgenden Bereiche fällt :

1. die schönen Künste;
 2. Bibliotheken, Mediatheken und gleichartige Dienststellen;
 3. Jugendpolitik;
 4. ständige Weiterbildung und kulturelle Animation;
 5. Leiberziehung, Sport, Leben im Freien und Spielplätze;
 6. Freizeitgestaltung und Tourismus, außer Hotel-, Camping- und Sozialtourismus.
- Für Campinganlagen gewährt die Exekutive Zuschüsse, insoweit die Anträge von Gemeinden oder von als Vereinigungen ohne Erwerbszweck organisierten Verkehrsvereinen gestellt werden.

7. Kunstausbildung.

Die bezuschübbaren Bauvorhaben und Anlagen sollen sich harmonisch in das bestehende Ortsbild einordnen und eine bessere Landschafts- und Denkmalpflege gewährleisten. Fernen werden die Projekte bei der Festlegung des bezuschübbaren Betrages auf ihre funktionelle Bestimmung und Zugänglichkeit für behinderte Mitbürger überprüft.

Art. 2. § 1. Der Zuschuß beträgt 60 % des für eine Bezugshaltung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben. Die Exekutive kann für die bezuschübbaren Ausgaben Höchstbeträge festlegen.

§ 2. Ist die Infrastruktur von regionaler Bedeutung, so kann die Exekutive den in Betracht kommenden Gesamtbetrag der Ausgaben zu 80 % bezuschussen. Sie kann für die bezuschübbaren Ausgaben Höchstbeträge festlegen. Ein Erlaß der Exekutive legt fest, was unter einer Infrastruktur mit regionaler Bedeutung zu verstehen ist.

§ 3. Instandsetzungsarbeiten werden nach einem von der Exekutive festgelegten Schlüssel bezuschußt.

Art. 3. § 1. Der Gesamtbetrag der in Artikel 2 erwähnten bezuschußbaren Ausgaben umfaßt die Arbeits- und Materialkosten, die Mehrwertsteuer, insofern sie nicht vom Finanzministerium zurückgestattet wird, die Honorarkosten der Projektautoren im Rahmen der von den Berufsvereinigungen festgesetzten Normen, die gesetzlich vorgeschriebene Preisrevision und die Aufsichtskosten der Provinz. Unvorhergesehene Ausgaben können, nach gesondertem Antrag, zu den in Artikel 2, §§ 1 und 2 vorgesehenen Prozentsätzen bezuschußt werden.

§ 2. Der zum Ankauf von Immobilien vorgesehene Zuschuß wird auf einer Grundlage berechnet, die die Schätzung des zuständigen Einnehmers des Registrationsamtes oder eines vereidigten Einschätzers, eventuell erhöht um die gesetzlich vorgesehene Wiederanlegungsschädigung bzw. Pachtentschädigung, nicht überschreiten darf.

§ 3. Die Exekutive kann die durch die Baustellenversicherung bzw. -kontrolle entstehenden Kosten als bezuschußbare Ausgaben berücksichtigen. Ab einem bestimmten, von ihr festzulegenden Betrag ist diese Pflicht.

§ 4. Die Exekutive kann für die bezuschußbaren Ausgaben einer bestimmten Art Höchstbeträge festlegen.

Art. 4. § 1. Die Exekutive kann die Bezuschussung der Einrichtung von Immobilien genehmigen. Dieser Zuschuß beträgt 60 % des für einen Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben, abzüglich der Mehrwertsteuer, insofern sie zurückgestattet wird. Die Exekutive kann für die bezuschußbaren Ausgaben Höchstbeträge festlegen. Unter Einrichtung von Immobilien sind alle fest verankerten Gegenstände zu verstehen, die zur Erfüllung der genannten Zweckbestimmung erforderlich sind.

§ 2. Die Exekutive kann die Bezuschussung der Ausrüstung von Immobilien genehmigen. Dieser Zuschuß beträgt 50 % des von der Exekutive gebilligten Kaufpreises der Ausrüstung, abzüglich der Mehrwertsteuer, insofern sie zurückgestattet wird. Die Exekutive kann für die bezuschußbaren Ausgaben Höchstbeträge festlegen. Unter Ausrüstung von Immobilien sind alle beweglichen Güter zu verstehen, die zur Erfüllung der genannten Zweckbestimmung erforderlich sind.

§ 3. Die Exekutive kann die Bezuschussung von Hausmeisterwohnungen und Verwaltungsräumen genehmigen. Der Zuschuß beträgt 60 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben. Die Exekutive kann für die bezuschußbaren Ausgaben Höchstbeträge festlegen.

Art. 5. In allen Fällen findet für die Vergabe der Aufträge die Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge für Bau- und Arbeitsleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen Anwendung.

Art. 6. Der in den Artikeln 2 und 4 angeführte Zuschuß kann nur gewährt werden, wenn der Antragsteller :

- im Falle des Neubaus Eigentümer des Grundstücks ist, auf dem die Infrastruktur errichtet wird, oder im Besitz eines Erbpachtvertrages bzw. Mietvertrages mit einer von der Exekutive festgelegten Laufzeit ist;
- im Falle des Umbaus, der Erweiterung, der Instandsetzung oder der Einrichtung Eigentümer der bestehenden Infrastruktur ist oder im Besitz eines Erbpachtvertrages bzw. Mietvertrages mit einer von der Exekutive festgelegten Laufzeit ist.

Der Erbpachtvertrag bzw. Mietvertrag sieht im Falle einer vorzeitigen Kündigung durch den Vermieter oder bei einer Auflösung durch Verschulden des Vermieters die in Artikel 7 erwähnte Rückforderung der Zuschüsse zu Lasten des Vermieters vor. Dabei dürfen die Bestimmungen des Erbpachtvertrages bzw. Mietvertrages die Ausführung der Arbeiten, für die Zuschüsse beantragt werden, nicht behindern.

Art. 7. Im Falle einer entgeltlichen oder unentgeltlichen Abtretung der bezuschüßten Infrastruktur innerhalb einer von der Exekutive festgelegten Frist ab der Auszahlung des Zuschusses kann die Exekutive diesen zurückfordern.

Im Falle der vorzeitigen Auflösung der in Artikel 8 erwähnten Mietverhältnisse kann die Exekutive den Zuschuß proportional zum verbleibenden Teil der von der Exekutive festgelegten Frist zurückfordern.

Die Forderung auf Rückzahlung ist innerhalb von zehn Jahren nach dem Datum der Abtretung der Infrastruktur bzw. der vorzeitigen Auflösung des Erbpachtvertrages bzw. Mietvertrages zu stellen.

Die Exekutive kann von ihren Rückzahlungsforderungen absehen, wenn die Infrastruktur von einer Gemeinde oder einer Vereinigung ohne Erwerbszweck mit ähnlicher Zielsetzung übernommen wird.

Art. 8. Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf alle Anträge, für die vor seinem Inkrafttreten noch keine definitive Subsidienzusage erteilt worden ist.

Art. 9. Es sind aufgehoben :

1. das Dekret vom 26. Mai 1986 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck, die Immobilien für kleine Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur ankaufen bzw. Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen;
2. das Dekret vom 26. Mai 1986 zur Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden, die Immobilien für die große Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur ankaufen bzw. Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen;
3. die Artikel 17 und 20 des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 3. Juli 1979 zur Festlegung des Anerkennungsbedingungen und der Kriterien für die Vergabe von Subventionen für die Funktionskosten von Spiel- und Sportanlagen und die Anschaffung von Geräten für Spielplätze;
4. der Erlaß mit Verordnungscharakter vom 3. Juli 1979 zwecks Festlegung der Bedingungen für die Gewährung von Zuschüssen zum Neubau, zum Umbau und zur Einrichtung von kleiner Kulturinfrastruktur.

Art. 10. Das Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Eupen, den 28. Juni 1988.

Vorsitzender der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
J. MARAITE

Gemeinschaftsminister für Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,
B. FAGNOUL

Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,
M. GROSCH

TRADUCTION

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 89 — 547

28 JUIN 1988. — Décret relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif qui érigent ou achètent des biens immobiliers servant d'infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou qui effectuent des travaux à cette infrastructure

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

Article 1er. Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, l'Exécutif octroie aux communes et aux associations sans but lucratif qui remplissent les conditions d'octroi fixées par l'Exécutif des subventions pour l'achat, la construction, l'extension, la transformation ou la réparation des biens immobiliers affectés à un ou à plusieurs des objets suivants :

- 1^o les beaux-arts;
- 2^o les bibliothèques, les médiathèques et les services assimilés;
- 3^o la politique de la jeunesse;
- 4^o la formation permanente et l'animation culturelle;

5^o l'éducation physique, le sport, la vie en plein air et les plaines de jeux;

6^o les loisirs et le tourisme, à l'exception du tourisme hôtelier, du camping et du tourisme social;

L'Exécutif octroie des subventions pour les installations de camping lorsque les demandes émanent de communes ou de syndicats d'initiative constitués en associations sans but lucratif.

7^o la formation artistique.

Les projets de construction et les installations admis à la subvention devront s'intégrer harmonieusement dans les paysages existants et garantir, de ce fait, une meilleure protection des monuments et des sites. En outre, lors de la fixation du montant admis à la subvention, l'aspect fonctionnel des projets et l'accessibilité aux personnes handicapées seront examinés.

Art. 2, § 1^{er}. Le montant de la subvention s'élève à 60 % du montant global des dépenses admises à la subvention. L'Exécutif peut fixer des plafonds pour les dépenses admises à la subvention.

§ 2. Lorsque l'infrastructure a une importance régionale, l'Exécutif peut subventionner à 80 % le montant global des dépenses admises à la subvention. Il peut fixer des plafonds pour les dépenses admises à la subvention. Un arrêté de l'Exécutif déterminera ce qu'il y a lieu d'entendre par infrastructure à importance régionale.

§ 3. Les travaux de réparation seront subventionnés d'après une clef fixée par l'Exécutif.

Art. 3, § 1^{er}. Le montant global des dépenses admises à la subvention, visées à l'article 2, comprend les frais de main-d'œuvre et de matériaux, la taxe à la valeur ajoutée si elle n'est pas restituée par le Ministère des Finances, les honoraires des auteurs des projets dans la limite des normes fixées par les associations professionnelles, la clause légale de révision des prix et les frais de surveillance de la Province. Les dépenses imprévues peuvent être subventionnées aux taux prévus à l'article 2, §§ 1^{er} et 2, sur base d'une demande distincte. L'Exécutif fixera un plafond pour cette subvention.

§ 2. Pour le calcul de la subvention prévue pour l'achat de biens immobiliers, la base de calcul ne pourra dépasser l'estimation du receveur compétent de l'Administration de l'enregistrement ou d'un expert assermenté, le cas échéant augmentée de l'indemnité de remplacement ou de bail prévues par la loi.

§ 3. L'Exécutif peut considérer comme dépenses admises à la subvention les frais d'assurance et de surveillance du chantier. À partir d'un montant fixé par lui, cette assurance est obligatoire.

§ 4. L'Exécutif peut fixer des plafonds pour certains types de dépenses admises à la subvention.

Art. 4, § 1^{er}. L'Exécutif peut autoriser le subventionnement de l'aménagement de biens immobiliers. Cette subvention s'élève à 60 % du montant global des dépenses admises à la subvention, déduction faite de la taxe sur la valeur ajoutée lorsqu'elle est restituée. L'Exécutif peut fixer des plafonds pour les dépenses admises à la subvention. Par aménagement de biens immobiliers, il y a lieu d'entendre tous les objets fixes nécessaires à la réalisation de l'objet indiqué.

§ 2. L'Exécutif peut autoriser ce subventionnement de l'équipement de biens immobiliers. Cette subvention s'élève à 50 % du prix d'achat de l'équipement approuvé par l'Exécutif, déduction faite de la taxe sur la valeur ajoutée lorsqu'elle est restituée. L'Exécutif peut fixer des plafonds pour les dépenses admises à la subvention. Par équipement de biens immobiliers, il y a lieu d'entendre tous les objets mobiliers nécessaires à la réalisation de l'objet indiqué.

§ 3. L'Exécutif peut autoriser le subventionnement d'appartements pour concierges et de locaux administratifs. La subvention s'élève à 80 % du montant global des dépenses admises à la subvention. L'Exécutif peut fixer des plafonds pour les dépenses admises à la subvention.

Art. 5. Dans tous les cas, la passation des marchés sera régie par la législation relative aux marchés publics de travaux, de fournitures et de services.

Art. 6. La subvention visée aux articles 2 et 4 ne pourra être accordée que si le demandeur :

— en ce qui concerne les nouvelles constructions, est propriétaire du terrain sur lequel est érigée l'infrastructure ou s'il est en possession d'un contrat de bail emphytéotique ou de bail à loyer dont la durée sera fixée par l'Exécutif;

— en ce qui concerne les transformations, extensions, réparations et aménagements, est propriétaire de l'infrastructure existante ou s'il est en possession d'un contrat de bail emphytéotique ou de bail à loyer dont la durée sera fixée par l'Exécutif.

Le contrat de bail emphytéotique ou de bail à loyer prévoit qu'en cas de résiliation anticipée dans le chef du bailleur ou de dissolution par la faute du bailleur, les subventions seront réclamées à charge du bailleur, conformément à l'article 7.

Toutefois, les clauses du contrat de bail emphytéotique ou de bail à loyer ne peuvent pas freiner l'exécution des travaux pour lesquels les subventions sont demandées.

Art. 7. Si l'infrastructure subventionnée est cédée à titre onéreux ou gratuit dans un délai, fixé par l'Exécutif, à compter du paiement de la subvention, l'Exécutif peut réclamer celle-ci.

En cas de résiliation anticipée du contrat de bail visé à l'article 6, l'Exécutif peut réclamer le remboursement de la subvention, proportionnellement à la partie restante du délai fixé par elle.

Le remboursement doit être réclamé dans les dix ans à compter de la date de cession de l'infrastructure ou de la dissolution anticipée du contrat de bail emphytéotique ou de bail à loyer.

L'Exécutif peut renoncer à réclamer le remboursement si l'infrastructure est reprise par une commune ou une association sans but lucratif poursuivant un but analogue.

Art. 8. Le présent décret s'applique à toutes les demandes pour lesquelles aucune subvention n'a été engagée définitivement avant son entrée en vigueur.

Art. 9. Sont abrogés :

1^o le décret du 26 mai 1986 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif pour l'achat de biens immobiliers servant de petite infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou pour la réalisation de certains travaux à cette infrastructure;

2^o le décret du 26 mai 1986 relatif à l'octroi de subventions aux communes pour l'achat de biens immobiliers servant de grosse infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou pour la réalisation de travaux à cette infrastructure;

3^o les articles 17 et 20 de l'arrêté réglementaire du 3 juillet 1979 fixant les conditions d'agrément et les critères d'octroi de subventions aux frais de fonctionnement des installations de jeux et de sports et à l'achat de matériel pour plaines de jeux;

4^o l'arrêté réglementaire du 3 juillet 1979 fixant les conditions d'octroi de subventions pour la construction, la transformation et l'aménagement de petites infrastructures culturelles.

Art. 10. Le décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Nous promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 28 juin 1988.

Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,

J. MARAITE

Ministre communautaire de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média,

B. FAGNOUL

Ministre communautaire de la Jeunesse, des Sports, de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

VERTALING

DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 89 — 547

28 JUNI 1988. — Decreet betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor de culturele, toeristische of sportinfrastructuur aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kent de Executieve aan de gemeenten en aan de verenigingen zonder winstoogmerk die de toekenningsvooraarden bepaald door de Executieve vervullen, toelagen toe voor de aankoop, de bouw, de uitbreiding, de verbouwing en de herstelling van onroerende goederen die aan één van volgende doelen of aan verschillende doelen beantwoorden :

- 1^o de schone kunsten;
 - 2^o bibliotheken, mediatheken en gelijkaardige diensten;
 - 3^o jeugdbeleid;
 - 4^o voortdurende vorming en culturele animatie;
 - 5^o lichamelijke opvoeding, sport, openluchtleven en speelpleinen;
 - 6^o vrijetijdsbesteding en toerisme, uitgezonderd hotel-, camping- en sociaal toerisme.
- Voor campinginstallaties kent de Executieve toelagen toe wanneer de aanvragen door gemeenten of verkeersbureaus die als vereniging zonder winstoogmerk zijn georganiseerd, worden ingediend;

- 7^o de artistieke vorming.

De bouwprojecten en de installaties die voor de subsidiëring in aanmerking worden genomen moeten zich harmonisch in het bestaande landschap invoegen en zodoende een betere landschaps- en monumentenzorg waarborgen. Bovendien wordt bij de vastlegging van het bedrag dat voor de subsidiëring in aanmerking komt, nagegaan of de projecten een functionele bestemming hebben en of ze voor mindervaliden toegankelijk zijn.

Art. 2. § 1. De toelage bedraagt 60 % van het totaal bedrag van de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen. De Executieve kan maximumbedragen vastleggen voor de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen.

§ 2. Wanneer de infrastructuur van regionaal belang is kan de Executieve het totaal bedrag van de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen, met 80 % subsidiëren. Ze kan maximumbedragen vastleggen voor de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen. Een besluit van de Executieve zal bepalen wat onder infrastructuur van regionaal belang dient te worden verstaan.

§ 3. Herstellingswerken worden gesubsidieerd volgens een sleutel die de Executieve bepaalt.

Art. 3. § 1. Het totaal bedrag van de uitgaven vermeld in artikel 2 die voor een subsidiëring in aanmerking komen, bevat de arbeids- en materiaalkosten, de belasting op de toegevoegde waarde indien ze niet door het Ministerie van Financiën wordt teruggestort, de honoraria van de projectauteurs binnen de door de beroepsverenigingen vastgelegde normen de wettelijk voorgeschreven prijzenherziening en de toezichtskosten van de Provincie. Onvoorzienige uitgaven kunnen na een afzonderlijke aanvraag worden gesubsidieerd volgens de percentages bepaald in artikel 2, §§ 1 en 2. De Executieve bepaalt een maximumbedrag voor deze toelage.

§ 2. De toelage voor de aankoop van onroerende goederen wordt volgens een basis berekend die de raming van de bevoegde ontvanger van de Administratie der Registratie of van een beïdigd taxateur, in voorkomend geval verhoogd met de wettelijke weerbeleggingsvergoeding resp. pachtvergoeding, niet mag overschrijden.

§ 3. De Executieve kan de kosten ontstaan door de werfverzekering en de werftoezicht als uitgaven beschouwen die voor een subsidiëring in aanmerking komen. Vanaf een bepaald bedrag dat ze vastlegt, is deze verzekering verplicht.

§ 4. De Executieve kan maximumbedragen vastleggen voor bepaalde soorten van uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen.

Art. 4. § 1. De Executieve kan de subsidiëring van de inrichting van onroerende goederen goedkeuren. Deze toelage bedraagt 60 % van het totaal bedrag van de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen, exclusief de belasting op de toegevoegde waarde indien ze teruggestort wordt. De Executieve kan maximumbedragen vastleggen voor de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen. Onder inrichting van onroerende goederen dienen alle vast opgestelde voorwerpen te worden verstaan die voor de vervulling van het genoemde doel noodzakelijk zijn.

§ 2. De Executieve kan de subsidiëring van de uitrusting van onroerende goederen goedkeuren. Deze toelage bedraagt 50 % van de door de Executieve goedgekeurde koopprijs van de uitrusting, exclusief de belasting op de toegevoegde waarde indien ze teruggestort wordt. De Executieve kan maximumbedragen vastleggen voor de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen. Onder uitrusting van onroerende goederen dienen alle voor de vervulling van het genoemde doel noodzakelijk zijn.

§ 3. De Executieve kan de subsidiëring van conciërgewoningen en administratieve lokalen goedkeuren. De toelage bedraagt 60 % van het totaal bedrag van de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen. De Executieve kan maximumbedragen vastleggen voor de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen.

Art. 5. In alle gevallen is de wetgeving betreffende overheidsopdrachten voor aanneming van werken, leveringen en diensten op het gunnen van de opdrachten van toepassing.

Art. 6. De toelage bedoeld in de artikelen 2 en 4 kan alleen maar worden toegekend indien de aanvrager:

— als het om een nieuwbouw gaat, eigenaar van het terrein is waarop de infrastructuur wordt gebouwd of indien hij in het bezit is van een erfcontract of een huurcontract waarvan de looptijd door de Executieve wordt bepaald;

— als het om een verbouwing, een uitbreiding, een herstelling of een inrichting gaat, eigenaar van de bestaande infrastructuur is of indien hij in het bezit is van een erfcontract of een huurcontract waarvan de looptijd door de Executieve wordt bepaald.

Het erfcontract resp. het huurcontract voorziet in de terugvordering van de toelagen ten laste van de verhuurder bedoeld in artikel 7 in geval van vroegtijdige opzegging door de verhuurder of van oplossing door de schuld van de verhuurder. Daarbij mogen de bepalingen van het huurcontract de uitvoering van de werken waarvoor toelagen worden gevraagd, niet belemmeren.

Art. 7. Indien de gesubsidieerde infrastructuur binnen een door de Executieve bepaalde termijn vanaf de uitkering van de toelage tegen betaling of kosteloos wordt afgedaan, kan de Executieve deze terugvorderen.

Indien de huurverhouding bedoeld in artikel 6 vroegtijdig wordt opgelost kan de Executieve de toelage naar verhouding met het resterend gedeelte van de door de Executieve bepaalde termijn terugvorderen.

De terugbetaling moet binnen tien jaar vanaf de datum van de afstand van de infrastructuur resp. de vroegtijdige oplossing van het erfcontract resp. het huurcontract worden opgeëist.

De Executieve kan van haar vordering tot terugbetaling afstand nemen indien de infrastructuur door een gemeente of een vereniging zonder winstoogmerk met een analoog doeleind wordt overgenomen.

Art. 8. Dit decreet is van toepassing op alle aanvragen waarvoor nog geen toelagen definitief zijn toegezegd alvorens het in werking treedt.

Art. 9. Worden opgeheven :

1º het decreet van 26 mei 1986 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor een kleine culturele, toeristische of sportinfrastructuur aankopen of die bepaalde werken aan deze infrastructuur uitvoeren;

2º het decreet van 26 mei 1986 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten die onroerende goederen voor een culturele, toeristische of sportinfrastructuur uitvoeren;

3º de artikelen 17 en 20 van het reglementair besluit van 3 juli 1979 houdende vaststelling van de voorwaarden tot erkenning en tot toekenning van subsidies voor de werkingstoelagen van speel- en sportinstallaties en voor de aankoop van gereedschap voor speelpleinen;

4º het reglementair besluit van 3 juli 1979 houdende vaststelling van de voorwaarden voor de toekenning van toelagen voor de nieuwbouw, de verbouwing en de inrichting van kleine culturele infrastructuren.

Art. 10. Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 28 juni 1986.

Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,
J. MARAITE

Gemeenschapsminister voor Vorming, Culturele Animatie en Media,
B. FAGNOUL

Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenvorming en Sociale Aangelegenheden,
M. GROSCH